Ä1 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Magdalena Schulz, Philipp Kossowski

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 69 bis 71 einfügen:

7. Wir möchten nicht bei einem Dank stehen bleiben, sondern erklären mit diesem Antrag, dass wir als GRÜNE Partei noch stärker mit den Freiwilligen und Ehrenamtlichen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten beabsichtigen. Wir

Begründung

Wie in der Plakatkampagne der Linken zur Seebrücke deutlich wurde, werden die GRÜNEN bei den Münsteraner*innen vielfach als eine homogene Gruppe wahrgenommen. Die Arbeit der Ratsfraktion wird mit derjenigen der Partei gleichgesetzt. Auch die Verwendung des Wortes „wir“ in diesem Absatz lässt diese Gleichsetzung prinzipiell zu. Da die Fraktion selbst die Initiativen in bisherigen Verfahren nicht einbezogen hat, ist die Formulierung „noch stärker“ in Bezug auf die Ratsfraktion allerdings unpassend. Vielmehr sollte sich die Formulierung auf die vielen Bemühungen der Mitgliedschaft, der Arbeitsgruppen und des Vorstands – also kurzum auf die Bemühungen der Partei - beziehen. Zwar geht der Antrag aus der Mitgliedschaft selbst hervor und betont auch – insbesondere im fünften Absatz – die Differenzierung zwischen Mitgliedschaft und Ratsfraktion. Dennoch sollte sie auch hier sprachlich zum Ausdruck kommen. Ansonsten könnte der Eindruck einer realitätsfernen Eigenwahrnehmung entstehen, in der die Ratsfraktion bereits in der Vergangenheit sehr stark mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet hat – was nicht zutrifft.

Ä2 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Olaf Steinmeyer (Münster KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 8 bis 13:

1. Mittelmeer. Tausende sich auf der Flucht befindende Menschen sterben jedes Jahr auf ihren Fluchtruten; viele von ihnen ertrinken. Die staatliche Seenotrettung wurde eingestellt. Die zivile Seenotrettung und weitere Hilfsaktionen in diesem Kontext werden von staatlichen Stellen behindert~~. Die staatliche Seenotrettung wurde eingestellt~~. Als GRÜNE verurteilen wir diese Entwicklung und fordern daher deutliche Signale sowie einen erkennbaren Veränderungswillen auf allen

Begründung

An anderer Stelle wird im Antrag die Prämisse des staatlichen Handeln vor dem privatem Handeln betont.
Durch die redaktionelle Änderung wird dies aufgenommen.

Ä3 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Olaf Steinmeyer (Münster KV)

Redaktionelle Änderung

Zeile 25, Neuformulierung:

Das Engagement von Privatpersonen darf nicht zur Voraussetzung dafür gemacht werden, dass Menschen in Not in Münster Zuflucht finden können.

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 24 bis 27:

2. Menschenrechten bleibt staatlicher Auftrag und die Verantwortung hierfür darf nicht delegiert werden. Das Engagement von Privatpersonen darf ~~keine~~nicht zur Voraussetzung dafür ~~sein~~gemacht werden, dass Menschen in Not in Münster Zuflucht finden können.

Begründung

Im vorhergehenden Satz werden wir uns gegen die Privatisierung.
Der zu ändernde Satz spricht eher ein "Verbot" aus ": ... darf nicht ... (geschieht aber dennoch, Gottseidank)

Ä4 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Olaf Steinmeyer (Münster KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 34 bis 35 einfügen:

4. Als Kreisverband weisen wir darauf hin, dass dieser Antrag ein Kompromiss zwischen GRÜNEN - und der CDU-Fraktion darstellt. Nicht Münsters GRÜNE stehen dem "Seebrücke-Antrag" ablehnend gegenüber, sondern die CDU-Fraktion bewegt sich nicht.

4. Als Kreisverband sind wir gleichwohl davon überzeugt, dass der schwarz-grüne Antrag (A-R/0042/2019), der im Mai mehrheitlich vom Rat beschlossen

Von Zeile 39 bis 40 einfügen:

4. auch nicht im übertragenen Sinne, zu einem „sicheren Hafen“ machen. Hierfür bedarf es weiterer Schritte.Wir werden auf kommunaler Ebene das eine machen - nämlich mehr Menschen in Not aufnehmen -, ohne das andere auszuschließen oder aufzugeben. Denn:

Begründung

Münsters Grüne müssen deutlich machen, dass es nicht an ihnen liegt, wenn die Möglichkeit eines kommunalen Signals an Bundes- und Landesregierung ("Münster als sicherer Hafen") nur sehr bedingt ausgeht.

Ä5 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Olaf Steinmeyer (Münster KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 55 bis 59 löschen:

5. indem wir uns gemeinsam für die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege einsetzen. ~~Der GRÜNE Kreisvorstand soll darüber hinaus alles tun, um die Position der Partei gegenüber Fraktion, Verwaltung und Zivilgesellschaft weiterhin deutlich zu machen:~~ Wir GRÜNE stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen. Wir verstehen die vielen Freiwilligen

Begründung

Ich schlage die Streichung des Satzes vor, weil
1. ich sicher bin und davon ausgehe, dass er von politischen Mitbewerbern in der Weise interpretiert und genutzt werden wird, inhaltliche Differenzen zwischen GAL-Fraktion und KV-Vorstand zu propagieren.
Ich gehe davon aus, dass es zwischen KV-Vorstand und Fraktion keine inhaltlichen Differenzen in der Frage gibt. Falls doch, sollten diese ausschließlich intern besprochen werden und nicht öffentlich präsentiert werden.

2. er den KV-Vorstand unnötiger Weise zu etwas auffordert, was der Vorstand bereits seit Wochen tut, - nämlich die Position der Münsteraner GRÜNEN zur Situation von Menschen in Not und zur Seenotrettung zu darzustellen und zu vermitteln.
(Zitat: Der GRÜNE Kreisvorstand soll .....)

Ä6 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Olaf Steinmeyer (Münster KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 64 bis 67:

6. Initiativen für ihr Engagement. Als GRÜNE Partei appellieren wir ausdrücklich an die CDU: ~~Gebt~~Gewährt den Geflüchteten-Initiativen ~~wenigstens in Gesprächen~~ die Chance, Euch von ihrem Anliegen zu überzeugen und gebt die Gesprächsverweigerung endlich auf. Die Demokratie lebt von Dialog und Wertschätzung für zivilgesellschaftliches

Begründung

Der Tonfall fällt zu devot oder fürbittend aus. Dass die CDU-Fraktion in diesem Fall zu keinen Gesprächen bereit ist, sollte als politisches NoGo sehr deutlich formuliert sein.

Ä7 GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Antragsteller*in: Olaf Steinmeyer (Münster KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 77 bis 78 einfügen:
Antrag positioniert sich die GRÜNE Mitgliedschaft deutlich zur Seenotrettung und zur Debatte um einen „sicheren Hafen“ und skizziert, dass im SCHWARZ-GRÜNEN Ratsbündnis es nicht die GRÜNE Fraktion ist, die vom Anliegen der "Seebrücke" noch überzeugt werden muss.

Begründung

GRÜNE Ratsfraktion und KV werden von politischen Mitgewerbern angegriffen und im wesentlichen unberechtigt und mit fadenscheinigen Argumenten kritisiert.
Der Vorstand unternimmt mit seinem Antrag den Versuch, dem entgegen zu treten.
Anders als beim Ratsbeschluss im Frühjahr über die ZAB sollte das Ratsbündnis an diesem Punkt nicht belastet werden. U.a. auch, weil unklar ist, ob auf diesem Weg Menschen aus Seenot tatsächlich in Kommunen ankommen (können).

Aus welchem Grund sollte aber nicht klar formuliert und benannt werden, dass die CDU-Fraktion sich hier verweigert ?